

## **Milliarden für die Banken. Für die Steuerzahler die Schulden - Wir danken**



Ag Weltwirtschaft und Finanzmärkte

Banken und damit deren Aktionäre sind mit milliardenschweren staatlichen Rettungspaketen saniert worden, Die Kosten für diese Aktion der schwarz-gelben Regierung wurden durch ein sogenanntes Sparpaket auf die ärmeren Schichten der Bevölkerung abgewälzt. Diese Rettungspakete waren die Voraussetzung dafür, dass die Finanzindustrie ihre **gesellschaftlich und ökologisch zerstörerischen Geschäfte** weiterführt und das Finanzsystem in den nächsten Crash treibt.

Die europäischen Regierungen und die Regierung der USA haben bis jetzt nichts unternommen, um die voraussehbar kommende Finanzkrise zu verhindern. Im Gegenteil: Der Bundespräsident hat vor dem Bankenkongress Ende März festgestellt, dass die Banken aus der Krise nichts gelernt haben.

Der **Gouverneur der Bank von England, Mervyn King**, hat in einem Interview die Sache auf den Punkt gebracht: **Die Probleme, die zur Finanzkrise geführt haben, sind immer noch präsent. Die Jagd nach Profiten gehe weiter, die Ungleichgewichte zwischen den Ländern nehmen noch stärker zu. Die Banken sind zu groß. Die daraus folgende Staatsgarantie führt zu überhöhten Risiken und Bonuszahlungen und wirkt selbstzerstörerisch.** (NZZ v. 8.3.11; Handelsblatt v. 23.3.11)

**Ökonomen des Internationalen Währungsfonds (IWF)** spitzen in einem Diskussionspapier die Analyse in einigen Punkten noch zu. **Die Wahrscheinlichkeit neuer Finanzkrisen ist durch die Bankenrettung noch größer geworden.** „Wenn es schief geht, zahlt die Rechnung nicht der Anleger, sondern der Staat.“ (SZ v. 11.3.11) Sie weisen ausdrücklich darauf hin, dass die **Schulden in den öffentlichen Haushalten in erster Linie durch die Verstaatlichung der Schulden der Banken zustande gekommen sind.**

Politisch wird in dieser kritischen Situation ein gewaltiges Täuschungsmanöver inszeniert. In fast identischen Ausführungen melden sich die Kanzlerin und der Chefökonom der Deutschen Bank, Thomas Mayer, zu Wort unter dem Titel „Staatsverschuldung ist die Keimzelle einer tödlichen Krankheit“. Beide bringen es fertig, das ganze neoliberale Programm abzuspulen, ohne auch nur ein Wort über die Ursachen der Staatsverschuldung durch die Finanzkrise zu verlieren. Mayer weist wie sein Chef Joseph Ackermann jede Konsequenz im Hinblick auf die Regulierung der Banken zurück.

**Ideologische Gleichschaltung auf höchstem Niveau.** Der Großalarm hinsichtlich der Staatsverschuldung dient zu nichts anderem, als die Bevölkerung auf allen Ebenen - Bildung, Gesundheits- und Sozialpolitik, Abbau der kommunalen Versorgung - vollständig mit den Kosten der Krise zu belasten.

Das europaweit durchgesetzte Entschuldungsprogramm zu Lasten der ärmeren Länder wirkt wie ein Sprengsatz für die EU und die gemeinsame Währung, den Euro – sie müssen die höchsten Zinsen zahlen, ganze Zweige ihrer staatlichen Institutionen an Investoren der reichen EU-Länder verscherbeln, den Lebensstandard der Bevölkerung bis an die Armutsgrenze herunterdrücken.

**Die Euro-Rettungsschirme sind der Versuch, Feuer mit Benzin zu löschen.**

Auf der einen Seite sollen sie die durch die Spekulationskrise entstandenen Schäden begrenzen. Gleichzeitig schaffen sie aber die Voraussetzungen für die ungeminderte Fortsetzung der Finanzpolitik der Großbanken. Die Rettungsschirme stellen die Mittel zur Spekulation gegen den Euro und zum Hochtreiben der Zinsen für die Staatsanleihen der ärmeren Länder bereit.

Dieser Sachverhalt wird von Chauvinisten in einer ganzen Reihe von EU-Ländern inzwischen demagogisch gegen den Euro und die Bevölkerung der durch die Finanzkrise in den Ruin getriebenen EU-Staaten gewandt. So lehnt etwa der Parteichef der Rechten in den Niederlanden, Geert Wilders, Finanzhilfen für Griechenland ab. „Für uns die Arbeit, für sie Souvlaki. Wir schufteten, sie streben nach Ouzo.“ (FR v. 18.4.11)

Eine entscheidende Bedingung für die Möglichkeit der ausländerfeindlichen Hetze und der Verhöhnung der sozial Schwächeren ist die Tatsache, dass die Politik der Bundesregierung und z.T. auch der EU-Kommission vom Lobbyismus für die Finanzmarktakteure kaum mehr zu unterscheiden ist. Wir leben in einem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, in dem die Vermögenden und Kapitalbesitzer ihre riskanten Geschäfte abgesichert auf Kosten der Bevölkerung machen. Sie haben in der Krise noch dazu gewonnen. Ergebnis der Wirtschafts- und Finanzpolitik auf dem Stand von 2011. „Zwei Drittel der Erwachsenen verfügen über kein oder sehr geringes Vermögen, wohingegen die reichsten 10 % der Bevölkerung über 60 %, die reichsten 1 % sogar rund ein Viertel des Gesamtvermögens besitzen.“ (DGB-Klartext v. 14.1.11)

### **Demokratie schrumpft auf die Verwaltung der Restbestände, die für die öffentlichen Aufgaben noch übrig bleiben.**

Die mit den „Rettungsschirmen“ verbundenen Einschnitte in die Staatshaushalte und die Sozialsysteme sind die Neuauflage der Brüning'schen Notverordnungs politik, die Deutschland in die Katastrophe getrieben hat, in europäischer Dimension.

Es ist notwendig, dieser Politik im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung folgende Forderungen entgegen zu stellen:

- **Neuordnung des Bankwesens durch Aufteilung und Zerlegung der Großbanken**, um die Erpressbarkeit des Staates zu mindern (too big to fail)
- **Einführung einer Transaktionssteuer**, die kurzfristige rein spekulative Finanzgeschäfte unrentabel macht und die Finanzmärkte entschleunigt.. Sie wäre zumindest ansatzweise auch eine Beteiligung der unmittelbaren Verursacher am angerichteten Schaden der Finanzkrise
- **Schließung aller Steueroasen** als Riegel vor millionenschwerer Steuerhinterziehung
- Verbot aller Finanzinstrumente, mit denen Großbanken, insbesondere die DB auf Kosten von Kommunen und Industriebetrieben ihre hochriskanten und für sie sehr einträglichen Investmentgeschäfte getätigt haben (FR v.23.3.)
- **öffentlich kontrollierte Ratingagenturen**. Die von den Banken abhängigen treiben in erster Linie die Zinsen für Staatsanleihen ins Uferlose (FR v.23.3.11)
- **effektive Erhöhung des Eigenkapitals der Banken und Hedgefonds** bei der Kreditvergabe über die durch Basel III nur symbolische geforderte Vorgabe hinaus zur Verminderung des Schadenspotentials spekulativer Anlagen
- Die Staatsschulden sind durch eine **stärkere Besteuerung von Spitzeneinkommen und großer Erbschaften und Vermögen** abzutragen.
- **Die Ursachen der Krise sind zu beseitigen und nicht ihre Kosten auf die Bevölkerung abzuwälzen.**

**Ohne gut organisierten Widerstand wird die Regierung ihre für uns gefährliche Krisen- und EU- Politik fortsetzen, wie sie es mit der Atompolitik schon versucht hat.**